

## **Finanzkrise:**

### **Sie (müssen sich) entscheiden!**

Besitzen Sie eine Lebensversicherung zur Aufbesserung Ihrer späteren Rente, vielleicht mit Riester- oder Rürupförderung? Haben Sie vielleicht 25 oder 30 Tausend Euro zurückgelegt, falls mal etwas Unvorhergesehenes passiert? Oder haben Sie für Ihre Tochter oder Ihren Enkel ein Spardepot mit Bundesschatzbriefen angelegt, damit die mit 18 ein schönes Startkapital ins Erwachsenenleben haben?

Dann haben Sie in jedem Fall das getan, wozu seit Jahren allen dringlichst geraten wird: Sie haben sich nicht allein auf die öffentliche Versorgung verlassen, sondern privat vorgesorgt. So weit, so gut, so verantwortungsbewusst. Gut, dass Sie sich das leisten konnten – Hartz IV-Empfänger oder auf Sozialhilfe angewiesene Alleinerziehende hätten das nicht gekonnt. Aber Sie scheinen alles richtig gemacht zu haben.

Und genau deshalb haben Sie jetzt ein Problem, für das Sie gar nichts können und das Sie auch gar nicht allein lösen können. Genau genommen sind es sogar zwei Probleme, von denen je eines die Lösung des anderen behindert.

Ihr zurückgelegtes Geld haben Sie mit Ihrer Arbeit verdient und von Ihrem Konsum eingespart. Nun hoffen Sie, dass es Ihnen Früchte trägt und dann, wenn es gebraucht wird, mit Zuwachs zur Verfügung steht. Damit das so gehen kann, müssen die Geschäfte der Banken und Versicherungen gut laufen, die Ihr Geld bis dahin verwalten. Die verdienen ihr Geld bekanntlich auf den Finanzmärkten und Ihr Gespartes ist Teil von deren Investitionskapital. Für seine Verzinsung sind Sie ebenso wie die alle anderen Finanzmarktakteure auf den Erfolg im Finanzkasino angewiesen. Das kann bekanntlich schiefgehen.

Und wenn es schiefgeht, dann zeigt sich Ihr erstes Problem: Damit, dass Sie Ihr Geld angelegt haben, war es schon nicht mehr nur Ihr Gespartes, sondern gleichzeitig die Zahlungsverpflichtung eines Anderen. Einfacher ausgedrückt heißt das: Was Sie zu bekommen haben für Lebensversicherung, Sparbuch oder Schatzbrief ist für die Versicherung, die Bank oder den Staat Teil von deren Schulden. Und es steht keineswegs fest, dass die auch bezahlen können. Ohnehin tragen Sie selbst bei vielen Anlageformen das Risiko und damit auch den Verlust und nicht die Banken oder Fonds, die Ihr Geld verwalten und angelegt haben. Zukunftsvorsorge ist auf der Grundlage von Finanzanlagen ein Spiel mit Risiko, also das genaue Gegenteil von sozialer Sicherheit.

Wenn nicht nur Ihre Bank oder Versicherung, sondern das ganze Finanzsystem in Schwierigkeiten gerät, läuft letztlich alles darauf hinaus, dass der Staat ihr letzter Schuldner ist, und um dessen Zahlungsfähigkeit steht es ja wirklich nicht gut. Warum das so ist? Die staatliche Verpflichtung aus dem Bundesschatzbrief ist offenkundig, aber seit Ausbruch der Finanzkrise leben auch die Banken weitgehend auf Staatskosten. Und Ihre Lebensversicherung ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit bei der Hypo Real Estate gesichert, die ja inzwischen dem Staat zwar gehört, in der er aber keinen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit ausübt.

Sie sehen das Dilemma: Die Staatsschulden sind nicht einfach nur Schulden, die aus den öffentlichen Haushalten zu bezahlen sind – das sind sie auch und wir werden darauf zurückkommen. Diese Schulden sind umgekehrt gleichzeitig auch Ansprüche, die jemand an den Staat hat (in diesem Fall Sie) und von denen er will, dass der Staat sie bezahlt. Das kann der aber nur, wenn er das Geld dazu hat.

Zum Zweck der Schuldenzahlung hilft nämlich kein Sparen, da muss echtes Geld, also echte Einnahmen her. Die Einnahmequelle der Staaten sind die Steuern. Und wer zahlt die Steuern? Wenn Sie eine feste Erwerbsarbeit mit einem guten Einkommen haben, von dem man zwar nicht reich wird, aber ganz ordentlich leben kann, dann sind Sie auf jeden Fall daran erkennbar beteiligt. Wahrscheinlich sehen Sie auch ein, dass das richtig so ist, weil ja die öffentlichen Aufgaben finanziert werden müssen und weil diejenigen dazu auch beitragen sollen, die es sich leisten können.

Aber halt, öffentliche Aufgaben werden doch gerade vom Staat gestrichen oder privatisiert, weil er ja sparen und die Schulden bezahlen muss? Und genau da ist Ihr zweites Problem: Ihre Steuern dienen immer weniger dazu, Bildung, kommunale Infrastruktur oder soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten, sondern Sie zahlen die, damit der Staat seinerseits seine Schulden bei Ihnen zurückzahlen kann – und natürlich auch bei denen, die sehr viel reicher sind als Sie, die sehr viel mehr erfolgreiche Finanzgeschäfte abgewickelt und sehr viel höhere Ansprüche gegen den Staat aufgebaut haben. Sie verlieren also doppelt: Immer mehr ehemals öffentliche Dienstleistungen müssen Sie privat bezahlen (immerhin können Sie es noch, solange Sie Ihren Job haben, ohne den sähe das ganz schlecht aus!). Und Ihre Steuern dienen im Wesentlichen dazu, die Ansprüche der ganz großen Finanzmarktakteure zu sichern (und ganz nebenbei auch Ihre eigenen bescheidenen Rücklagen aus Ihrer Erwerbsarbeit).

Wir halten das nicht nur für ein ungerechtes, sondern auch für ein völlig widersinniges System. Statt den Armen die Aussicht auf ein halbwegs anständiges Leben immer mehr zu verbauen und den Bezieherinnen und Beziehern mittlerer Einkommen mit Privatisierung und der Rettung des Finanzkasinos gleich zweimal in die Tasche zu greifen, wäre es doch viel sinnvoller, für alle ein materiell gesichertes Leben zu finanzieren und dazu auch die wirklich großen Vermögen und Einkommen heranzuziehen.

Was Sie, ebenso wie alle, wirklich brauchen, sind doch nicht zweistellige Verzinsungen Ihres Gesparten. Was alle wirklich brauchen sind gute Schulen, umfassende Sozialversicherungen, kommunale Dienstleistungen, Verkehrsinfrastruktur und öffentlicher Nahverkehr, Betreuungseinrichtungen für Kinder, Alte, Eingeschränkte und die Sicherheit eines Einkommens.

Öffentliche Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge und ein bedingungsloses Grundeinkommen, von welchem man in dieser Gesellschaft wirklich leben kann, für alle, das wäre eine richtige Konsequenz aus der Krise unseres Wirtschaftssystems. Alles was Spekulation und Kapitalverwertung am Laufen hält, schadet dem.

Aber, wie schon gesagt, man kann nicht beides haben, hohe Sparrenditen und umfassende gesellschaftlich garantierte soziale Sicherheit. Da müssen auch Sie sich entscheiden: Wollen Sie weiterhin eine Wirtschaftspolitik, die auf möglichst gute Gewinnaussichten für Finanzinvestoren ausgerichtet ist, oder wollen Sie, dass bedeutende Teile des gesellschaftlichen Reichtums dazu verwandt werden, soziale Sicherheit für alle herzustellen?

Geht es Ihnen um letzteres, dann reicht es nicht, Ihr Geld alternativ anzulegen (obwohl das sicher richtig ist), sondern dann ist auch Ihre politische Stimme gefragt, mit der Sie sich laut und vernehmlich für eine andere Politik einsetzen. In den Aktivitäten von Attac, aber auch vieler sozialer Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen bieten sich vielfältige Möglichkeiten dazu. Auch Gespräche im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, Leserbriefe an Zeitungen und Fernsehen, Nachfragen bei lokalen Abgeordneten sind äußerst wirksam. In einem Wort: Drücken Sie Ihre Meinung öffentlich aus und lassen Sie nicht zu, dass die Regierenden weiterhin politische Konzepte verfolgen, die vielen schaden und längst keine mehrheitliche Zustimmung mehr haben.